



Standpunkt

Nr. 38

Zukunftschancen des Ländlichen Raums

Vorschläge für eine Verbesserung der Lebens- und Standortqualität

SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Telefon 07 11/20 63-719
Telefax 07 11/20 63-710
zentrale@spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de

Landtags-
Fraktion



Baden-
Württemberg

SPD

Impressum

Herausgeber:

SPD-Landtagsfraktion, Konrad-Adenauer-Straße 12, 70173 Stuttgart
Tel. 07 11/20 63-7 28/7 11, Fax 07 11/20 63-7 10, zentrale@spd.landtag-bw.de

Verantwortlich:

Matthias Klopfer

Verfasser:

Gerd Teßmer MdL, Klaus Käppeler MdL, Nils Opitz-Leifheit (Parlamentarischer Berater)

Redaktion:

Martin Mendler

Assistenz:

Stephanie Maurer

Stuttgart, November 2004

Das Papier gibt es auch als PDF-Datei im Internet: www.spd.landtag-bw.de

Sozialdemokratische Antworten auf Herausforderungen im Ländlichen Raum

Der Ländliche Raum, der mehr als drei Viertel unserer Landesfläche ausmacht, ist mit seinen typischen Eigenarten und Landschaften ein unverzichtbares Gegengewicht zu unseren Städten und Ballungsräumen.

Im Ländlichen Raum Baden-Württembergs leben etwa 60 Prozent der Bevölkerung. Ländliche Räume sind die Verdichtungsgebiete der Stadt-Umland-Bereiche ebenso wie die deutlich dünner besiedelten, großflächigen ländlichen Gebiete.

In den schwächer besiedelten Bereichen ist der Ländliche Raum heute mehr und mehr durch eine Ausdünnung der Infrastruktur bedroht. Die Wege zu Ämtern, Banken und Geschäften werden länger. Gleichzeitig sind die Ansprüche an den Ländlichen Raum als Erholungsraum, Wirtschaftsraum und Naturraum gewachsen.

Die CDU/FDP-Regierung hat den Ländlichen Raum weitgehend im Stich gelassen: weder findet eine gezielte und maß-

geschneiderte Wirtschaftsförderung statt, noch werden die Bildungsmöglichkeiten im Ländlichen Raum verbessert. Neue wegweisende Ansätze der Verknüpfung von Tourismus und Naturschutz oder des Ökolandbaus mit der Direktvermarktung werden ignoriert anstatt gefördert.

Der Ländliche Raum ist durch eine ganze **Reihe charakteristischer Eigenschaften** geprägt, angefangen von den schwierigeren Verkehrsverbindungen über die andere kulturelle Ausstattung bis hin zu einer anderen Wirtschaftsstruktur. Dabei ist die Lebensqualität im Ländlichen Raum in vielerlei Hinsicht höher als in den Ballungsgebieten. Im Zuge der immer weiter gehenden Verstädterung und Industrialisierung unseres Landes verlieren die ländlichen Gebiete insbesondere fernab der großen Städte dennoch zunehmend an Attraktivität.

Eine gute Politik für den Ländlichen Raum darf die **Ballungsräume nicht in verkleinertem Maßstab kopieren**, sondern muss die prägende Eigenart von Dorf-, Landschafts- und Arbeitsstrukturen berücksichtigen. Dabei müssen das soziale Dorfleben, die wohnortnahe Grundversorgung, die Vereinskultur und

die typischen Wohnstrukturen genauso erhalten bleiben wie die durch bäuerliches Wirtschaften geprägte Kulturlandschaft. Die langfristig gesicherte Produktion gesunder Lebensmittel als ökonomisches Standbein ist nicht weniger wichtig als der nachhaltige Schutz unserer Wälder, Fluren und Gewässer.

Naturschönheit, Ruhe, eine bessere Luft und ein engerer sozialer Zusammenhalt reichen jedoch angesichts der heutigen Ansprüche von Seiten der Wirtschaft wie auch aus privater Sicht nicht aus, die weitere Verstädterung zu vermindern und die Abwanderung aus den dünn besiedelten ländlichen Gebieten zu stoppen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich zum Ziel gesetzt, mit dieser Bestandsaufnahme der Probleme und Chancen des Ländlichen Raums Lösungen für eine Verbesserung der Lebens- und Standortqualität aufzuzeigen.

Die Landesregierung soll dem Landtag jährlich einen Entwicklungsbericht „Ländlicher Raum“ vorlegen.

1.

Wirtschaft und Arbeit:

Zukunftsstandort

Ländlicher Raum

Die Wirtschaft im Ländlichen Raum ist weitgehend anders strukturiert als in den Ballungsräumen. Während der Dienstleistungsbereich einen deutlich geringeren Anteil als in den Städten hat, dominieren hier handwerkliche und mittelständische Betriebe aller Branchen. Daneben spielen Land- und Forstwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen und der Tourismus eine wichtige Rolle.

Vom Strukturwandel, den beispielsweise die Schuh-, Textil- und Uhrenindustrie durchlaufen hat, war der Ländliche Raum besonders betroffen, ohne dies durch neue gewerbliche und dienstleistungsbezogene Betriebe kompensieren zu können.

Im Ländlichen Raum brauchen wir ebenso dringend Reformen wie in den Ballungsräumen. Es kommt also auch im Ländlichen Raum darauf an, die Reformziele der Agenda 2010 rasch und passgenau umzusetzen, ebenso wie die Hartz'schen Arbeitsmarktreformen. Die rotgrüne Bundesregierung leistet hier

viel, aber auch die Landesregierung muss etwas zur Entwicklung beitragen.

Für unumgänglich halten wir einen **Ausbau der überbetrieblichen Ausbildungsstätten** sowie deren Modernisierung, weil gerade das Handwerk im Ländlichen Raum qualifizierte Ausbildung oft nur mit Hilfe dieser überbetrieblichen Ausbildungsstätten leisten kann. Auch bei der großen Zahl anstehender **Betriebsübergaben** kann die Landesregierung nicht einfach zusehen. Hier muss die landeseigene Förderbank deutliche Signale setzen und Hilfe anbieten, damit im Kern gesunde Handwerksbetriebe nicht einfach untergehen.

Bei der **Förderung von erneuerbaren Energien** muss sich die Landesregierung deutlich stärker engagieren als bisher. Kurzum: Es darf nicht gekleckert, sondern es muss geklotzt werden. Gerade die erneuerbaren Energien verlangen viele dezentrale Standorte, schaffen viele dezentrale Arbeitsplätze und stärken somit den ländlichen Raum.

Die **Kommunikationstechnologien** eröffnen neue Chancen bei der Schaffung und Gestaltung von Arbeitsplätzen im Ländlichen Raum, da sie flexibel über größere Distanzen arbeitnehmerorientiert eingesetzt werden können. Deshalb ist

es besonders wichtig, die technische Infrastruktur über Kabel, Mobilfunk und UMTS im Ländlichen Raum beschleunigt auszubauen. Dazu ist besonders das Zusammenwirken der Kommunen und der Wohnungswirtschaft mit den privaten Kommunikationsanbietern (z.B. Kabel BW, EnBW) zu unterstützen. Beim Angebot solcher Arbeitsplätze könnte insbesondere der Öffentliche Dienst beispielgebend vorgehen. Mit solchen Angeboten wird gleichzeitig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und zusätzliches Arbeitspotential erschlossen. Dies wäre somit auch eine effektive Frauenförderung.

Ähnlich wie Bayern und Nordrhein-Westfalen muss auch Baden-Württemberg **IT-Zentren im ländlichen Raum** schaffen, die für Wirtschaft und Private den Infrastrukturnachteil im Vergleich zu den Ballungsräumen ausgleichen helfen.

Beispielhaft sind die **Mediendörfer**. Hier eröffnen sich gewerbliche und gesellschaftliche Chancen durch die intensive Nutzung des Internets und anderer neuer Medien. Die Kommunikation zwischen Gemeinde und Bürgerschaft kann damit erheblich verbessert werden.

Die Wirtschaftsförderung im Ländlichen Raum führt bislang oftmals zu Parallelansiedlungen und Wildwuchs. Hier muss durch **Cluster-Förderung und klare Fördervorgaben**, welche Förderungen sinnvoll sind, gegengesteuert werden. Dabei sollten insbesondere Existenzgründer im Dienstleistungsbereich besser gefördert werden. Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Ländlicher Raum gehört aber auch eine bessere Netzabdeckung im Mobilfunk, ein Ausbau des ADSL-Netzes (Breitbandkabel) und eines leistungsfähigen UMTS-Funknetzes.

Ziel 1:

Die Wirtschaftsförderung ist konsequent auf Dienstleistungen, den Ausbau der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur und Tourismusangebote auszurichten.

2.

Tourismus: Potenziale ausschöpfen - Stärken nutzen

Baden-Württemberg ist ein touristisch attraktives und erfolgreiches Land. Das touristische Potenzial der ländlichen Räume ist jedoch kaum über den

Schwarzwald und den Bodensee hinaus ausgeschöpft. Selbst dort kann es noch weiterentwickelt werden.

Die landwirtschaftlichen Produkte der Regionen in den Tourismusorten werden nicht ausreichend vermarktet. Durch die Gesundheitsreform in den 90er Jahren sind viele Arbeitsplätze in den Kureinrichtungen und Kurorten verloren gegangen. Ein erheblicher Rückgang ist auch bei den Nutzern der Reha-Einrichtungen festzustellen. Die vorhandenen Heilbäderkonzepte sind nicht ausreichend mit den örtlichen Tourismusangeboten abgestimmt.

Zur Verbesserung der touristischen Nutzung gehört nicht zuletzt eine **Stärkung des Regionalgedankens**. Über Kreisgrenzen hinweg müssen sich Regionalbewusstsein und gemeinsame Tourismusangebote und -konzepte entwickeln. Dabei können gemeinsame Einrichtungen zur Förderung des Langzeittourismus entstehen und die oft zu lokal angelegten Strategien der Tourismusfördervereine verbessert werden.

Die vorhandenen und derzeit im Aufbau befindlichen **Naturparke** können dabei eine wichtige Moderatorfunktion übernehmen. Auch die Gründung von Regionalakademien kann solche Prozesse

fördern. Im Rahmen der Förderung durch das Programm PLENUM (Programm für Ländliche Entwicklung, Naturschutz, Umwelt) können und sollen solche Verknüpfungen von sanftem Tourismus, Landschaftserhalt und Naturschutz gestärkt werden.

Erfolg versprechen vor allem Konzeptionen, die nicht nur auf oberen Verwaltungsebenen vorgedacht werden, sondern sich aus der jeweiligen Region heraus selbst entwickelt haben. Die durch ihre Naturnähe und Ruhe bekannten Tourismusregionen auf der Schwäbischen Alb und im Schwarzwald verdienen und vertragen keinen aufgesetzten Eventtourismus, der große Ströme von Tagestouristen mit sich bringt und zugleich schädliche investive Eingriffe in die Landschaft in Kauf nimmt.

Veranstaltungstourismus mit Eventcharakter hat durchaus seinen Platz in Baden-Württemberg und muss sogar dringend ausgebaut werden. Er sollte aber an sorgfältig ausgewählten Orten nahe den Hauptverkehrsströmen angesiedelt sein, um die Schädigung der Landschaft zu minimieren und den traditionellen wie den neuen sanften Tourismus nicht zu gefährden. Diese Ziele sollten auch optimal mit dem ÖPNV erreichbar sein.

Als familienfreundliches Land muss Baden-Württemberg insbesondere touristische Angebote fördern und vorhalten, die für Familien sowohl finanziell wie auch inhaltlich geeignet sind. Dazu gehört auch, den Kindern frühzeitig das Kennenlernen unserer Natur und Kulturlandschaft zu ermöglichen.

Der verstärkte Trend zum sanften Tourismus, zum Radtourismus und zum Ökotourismus muss auch mehr als bisher mit Angeboten aus dem Gesundheitssektor und dem Wellness-Bereich verknüpft werden.

Die überaus reiche Ausstattung Baden-Württembergs mit hochwertigen Naturräumen muss viel stärker touristisch genutzt werden. Die seit langem überfällige Schaffung eines oder mehrerer Nationalparks würde dem Naturschutz wie auch dem Tourismus wichtige Impulse geben. Hierzu muss das Landesnaturschutzgesetz entsprechend ergänzt werden. Die **Ausweisung und Einrichtung eines Geoparks „Schwäbische Alb“** würde seine touristische Attraktivität erhöhen.

Viele Gebiete, in denen der Tourismus heute kaum eine Rolle spielt, werden bislang nicht gefördert. Dabei ist man auch dort auf den allmählichen Aufbau

einer touristischen Infrastruktur angewiesen.

Die mancherorts noch vorhandenen Defizite in der Servicequalität lassen sich durch eine Förderung der Teilnahme und Erlangung von Service-Qualitätssiegeln erreichen.

Die SPD verlangt eine zentrale, privatrechtlich organisierte Wirtschaftsförderungsgesellschaft Baden-Württemberg, in die auch der Tourismusverband Baden-Württemberg aufgehen soll. Die neue Wirtschaftsförderungsgesellschaft übernimmt dann Aufgaben der Regionalförderung und erstellt in Abstimmung mit den vor Ort tätigen Tourismusorganisationen für das ganze Land ein Tourismuskonzept. Finanziell muss sie so ausgestattet sein, dass sowohl die Pauschal- wie auch die Projektförderung langfristig gesichert ist. Nur so lässt sich der Heilbäder- und Tourismusbereich von kurzfristigen landespolitischen Entscheidungen unabhängig machen.

Der Dienstleistungsstandort Baden-Württemberg hat großen Nachholbedarf. Notwendig ist auch eine **bessere Auslandspräsentation**. Baden-Württemberg tritt dort immer noch viel zu häufig unprofessionell auf und lässt die heutigen Möglichkeiten der modernen Medien viel zu

oft ungenutzt. Es fehlt dem Land ein unverwechselbares Profil.

Wenn die Landesregierung von 80 Förderanträgen baden-württembergischer Tourismusgemeinden nur 32 berücksichtigt und die Fördermittel im Landeshaushalt um ein Viertel zusammenstreicht, macht sie sich unglaubwürdig.

Ziel 2:

Über gezielte Fördermaßnahmen des Landes muss im Tourismus die regionale Zusammenarbeit von Gemeinden, Landkreisen, Gesundheitswesen und Tourismuswirtschaft vorangetrieben und damit das Regionalbewusstsein verbessert werden.

3.

Schule und Bildung:

Herausforderungen annehmen - das Bildungsangebot verstärken

Die Übergangsquoten von der Grund- auf die Realschule und das Gymnasium sind im dünn besiedelten Ländlichen Raum immer noch geringer als in den Ballungsgebieten. Zudem sind Eltern und

Schüler durch lange Anfahrtswege und entsprechend hohe Beförderungskosten belastet.

Für Schulabgänger mit höheren Abschlüssen sind vielerorts nicht genügend Bildungsangebote vorhanden, was zwangsläufig zu einer Abwanderung in die Städte führt. Die Vielfalt an Ausbildungsplätzen ist auf dem Land deutlich geringer als in den Verdichtungsräumen. Der insgesamt festzustellende Trend zu höheren Bildungs- und Berufsausbildungsabschlüssen stößt damit im Ländlichen Raum nach wie vor auf beträchtliche Hürden. Die Qualifizierungsangebote der Kammern reichen im Ländlichen Raum nicht aus. Auch die Volkshochschulen können dieses Defizit nicht ausgleichen.

Der verstärkte **Aufbau von Regionalen Schulen**, bei denen Haupt- und Realschule unter einem Dach zusammengefasst sind, wird auch im Ländlichen Raum bessere Chancen auf einen mittleren Bildungsabschluss eröffnen. Auch Gymnasien müssen in erreichbarer Nähe liegen. Ein hinreichendes **Angebot von Ganztageschulen** ist im Ländlichen Raum besonders geboten. Ganztagschulen werden gerade hier zum Standortvorteil für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie für die Kommunen insgesamt.

Bei abnehmenden Schülerzahlen in den kommenden Jahren sind in kleineren Gemeinden (Grund-) Schulstandorte in ihrer Existenz gefährdet. Die **Einführung einer sechsjährigen Grundschule** und von jahrgangsübergreifendem Unterricht wird gewährleisten, dass Kinder wohnortnah unterrichtet werden und von längeren gemeinsamen Lernzeiten profitieren.

Viel stärker als bisher sind auch **Ausbildungsverbünde** zu schaffen. Wo dies nicht ausreicht, müssen unter Einbeziehung von überbetrieblichen Ausbildungszentren Ausbildungen auf den Weg gebracht werden, die einer dualen Ausbildung im herkömmlichen Sinne gleichwertig sind.

Die Weiterbildungseinrichtungen (z.B. Volkshochschulen) sind im Ländlichen Raum besonders zu fördern, um ein qualitativ hochwertiges und quantitativ ausreichendes Bildungsangebot zu ermöglichen, beispielsweise durch Außenstellen. Das gilt auch für Einrichtungen der Jugend- und Familienbildung und für die Musikschulen, die weiter ausgebaut werden müssen.

Die Gründung von Fachhochschulen und Berufsakademien bzw. von entsprechenden Außenstellen hat zu einer

kostenintensiven, höchst unterschiedlich ausgelasteten und zum Teil bereits in ihrer Existenz gefährdeten Hochschulinfrastruktur im Ländlichen Raum geführt. Die Hochschulinfrastruktur im Ländlichen Raum hat unter strukturpolitischen Zielsetzungen und dem Ziel der Schaffung von hochschulinduzierten Arbeitsplätzen bislang nicht die Ergebnisse gebracht, die angesichts des anhaltend hohen Kostenaufwands notwendig wären.

Trotz aller Dezentralisierungsstrategien mit der Neugründung von Fachhochschulen und Berufsakademien ist die Ausschöpfungsquote bei den Begabungs- und Bildungspotenzialen des Ländlichen Raums nach wie vor geringer als in den Ballungsräumen. Die Fachhochschulen und Berufsakademien im Ländlichen Raum benötigen für eine zukunftsbeständige Konsolidierung einen konjunkturunabhängigen Fächer-Mix. Notwendig dafür ist ein mittelfristig angelegter Prozess der **Konzentration auf solide Studienangebote** und eine Risiko mindern- de Streuung innovativer Studiengänge.

Jede Fachhochschule und jede Berufsakademie sollte eine Transferoffensive initiieren oder sich an vorhandenen Ansätzen beteiligen. Solche Offensiven richten sich an die regionale Wirtschaft und dienen dazu, die jeweilige Themenpalette

in Forschung und Entwicklung im Hinblick auf Produktnähe transparent zu machen.

Die Virtuelle Hochschule, das heißt internetbasiertes E-Learning, ergänzt um Präsenzphasen an wenigen Lernstützpunkten bietet ganz neue Möglichkeiten, um die nach wie vor benachteiligten Begabungs- und Bildungspotenziale des Ländlichen Raums umfangreicher zu erschließen. Bereits heute zeigt sich, dass die Nutzung moderner Informationstechnologie auch im Ländlichen Raum auf dem Vormarsch ist.

Ziel 3:

Im Ländlichen Raum ist das Angebot an Ganztagschulen und Regional- schulen zügig zu erweitern und ein flächendeckend wohnortnahes Schul- angebot zu sichern. Die vorhandenen Angebote an Familien-, Jugend-, Er- wachsenen- und Weiterbildung sind optimal aufeinander abzustimmen und weiter zu verbessern

4.

Landwirtschaft:**Erhalt von Landschaft und Einkommen durch neue Wege**

Ländlicher Raum ist viel mehr als nur Landwirtschaft. Nichtsdestotrotz bildet die Agrar- und Forstwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen fernab der Verdichtungsräume noch immer ein wichtiges, in den Dörfern oft sogar das wichtigste wirtschaftliche Standbein. Sie ist dort auch das prägende Element der Landschaftsgestaltung.

Ein sich immer stärker öffnender Weltmarkt, der Konzentrationsprozess im Einzelhandel sowie die Osterweiterung der EU haben auch Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Die beschlossene Agrarreform der EU ermöglicht den Landwirten eine stärkere Ausrichtung ihrer Produktion am Markt. Gleichzeitig wird das Einkommen der erzeugenden Betriebe durch Direktbeihilfen gesichert. Diese Entkopplung von Produktion und Beihilfen macht die Agrarpolitik der Europäischen Union fit für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt.

Unabhängig davon wird der Strukturwandel der letzten Zeit mit einem kontinuierlichen **Rückgang der Zahl der landwirt-**

schaftlichen Betriebe entsprechend der Produktivitätssteigerung anhalten.

Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg ist wegen ihrer geringen Betriebsgrößen und dem hohen Anteil an Nebenerwerbsbetrieben vom Strukturwandel besonders betroffen. In den landschaftlich hochwertigen Räumen und in den Hochlagen der Mittelgebirge bieten sich jedoch auch gute Chancen, über ökologisch ausgerichteten integrierten Landbau und Vertragsnaturschutz verstärkt zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen.

Die SPD will die **Beibehaltung einer möglichst flächendeckenden Landwirtschaft**. Diese muss langfristig stärker ökologisiert werden. Es gilt, ein Wegbrechen der aktiven Landwirtschaft auf schlechteren Böden und in ungünstigen Lagen (Mittelgebirge) zu verhindern. Dies würde den Erhalt unserer gewachsenen Kulturlandschaft gefährden, die aber auch Garant für Biotop- und Artenvielfalt sowie für eine abwechslungsreiche, und damit auch touristisch attraktive Landschaft ist.

Die Agrarpolitik des Landes muss deshalb darauf ausgerichtet sein, gerade Landwirtschaftsbetrieben, die unter ungünstigen Rahmenbedingungen arbeiten

müssen, zu helfen, ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Dies kann durch Förderung regionaler Vermarktung, ökologische Wirtschaftsweise, durch Vertragsnaturschutz, landschaftspflegerische Aufgaben und durch die Förderung des sanften Tourismus geschehen. Die **Bildung von Erzeugergemeinschaften** muss dabei gezielt gefördert werden. Bestehende Beispiele wie die Zucht und Vermarktung des Hällischen Schweines oder des Hinterwälder Rindes sind wegweisend, weil sie die Interessen des Tourismus, des Tierschutzes, der Rassenerhaltung, der Landwirtschaft und des Landschaftserhaltes zusammenführen. Ermutigende, für die Grundversorgung im Ländlichen Raum bedeutsame Erzeugergemeinschaften mit gemeinsamer Direktvermarktung in einem Laden, wie einer Metzgerei oder einer Bäckerei, sind über die Anschubförderung der EU hinaus auch durch Beratung und Förderung des Landes optimal zu unterstützen.

Der **Flurneuordnung** kommt mit Zukunft sichernden Maßnahmen für Landwirte, Winzer und Gemeinden eine besondere Bedeutung zu. Sie darf durch die anstehende Verwaltungsreform keinesfalls geschwächt werden. Für die Landwirtschaft müssen zusätzliche Einkommensquellen erschlossen werden: durch einen verstärkten **Ausbau der Direktvermarktung**,

über die Erzeugung regionaler Spezialitäten, durch den Anbau von Rohstoff- und Energiepflanzen und über den Ausbau des Freizeit- und Erlebnisbereiches.

Gerade der Umstand, dass im Ländlichen Raum eine dezentrale Energieversorgung ohnehin optimal ist, macht eine deutliche Erhöhung der Produktion von Strom und Wärme aus Wind, Biogas, Kleinwasserkraft, Sonnenenergie und vor allem Biomasse in diesen Gegenden sinnvoll und nötig. Dabei sollten insbesondere auch die Landwirte selbst Produzenten dieser Energie sein und verstärkt Biomasse zur Energiegewinnung produzieren.

Der Ländliche Raum bietet ideale Voraussetzungen, durch agrarische Erzeugnisse die Rohstoffe für Gewerbe und Industrie zu liefern, die im Ländlichen Raum neue zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen und sichern. Dies schafft zusätzliche Einnahmequellen für Landwirte und neue Industrieansiedlungen. Damit wird die Nutzung erneuerbarer Energien zum Standortvorteil für den Ländlichen Raum. Das Land ist gefordert, eine **Energieoffensive für den Ländlichen Raum** zu starten. Die aus der Erzeugung erneuerbarer Energie resultierenden Einnahmen müssen dann auch diesem Raum zufließen. Diese Offensive muss

deshalb vor allem auf die Wind- und Solarenergie sowie die Biomasse-Erzeugung und –Nutzung konzentrieren. Das Land selbst muss hier mit gutem Beispiel vorgehen, indem es den eigenen Fahrzeugpark mit Ethanol oder Biodiesel betankt. Die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung an Universitäten und Fachhochschulen muss künftig in einem nach modernsten Erkenntnissen arbeitenden „**Grünen Zentrum**“ zusammengeführt werden. Dort müssen moderne Anbaumethoden, der ökologische Landbau, neue Techniken (Anwendung der Biotechnologie und Satellitennavigation) und eine marktwirtschaftliche Ausrichtung vermittelt werden.

Ziel 4:

Ziel sozialdemokratischer Politik ist eine möglichst flächendeckende Landbewirtschaftung. Wir wollen eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung durch Bündelung der Bildungsgänge und den Aufbau eines Grünen Zentrums zur Vermittlung modernster Agrartechniken, Kenntnissen der Vermarktung und des ökologischen Landbaus. Über eine Ausweitung der Förderung von erneuerbaren Energien im Ländlichen Raum müssen Wertschöpfung gehalten und Arbeitsplätze geschaffen werden.

5.

Verkehr und Infrastruktur:

Nachteile minimieren – Vorteile nutzen

Die Verkehrssituation im Ländlichen Raum ist besonders durch weite Anfahrtswege zu den Arbeitsplätzen in den Zentren geprägt. Nicht zuletzt die hohen Baulandpreise und Mieten verstärken eine Stadtflucht, die dann wiederum große Pendlerströme nach sich zieht. Die schlechte Verkehrsanbindung des Ländlichen Raums ist ein großer Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung und die Ansiedlung von Betrieben.

Die **Anbindung des Ländlichen Raums an die bestehenden Hauptverkehrsströme**, an Autobahnen und Fernverbindungen des Schienenverkehrs und an die vorhandenen Bundeswasserstraßen muss dringend weiter verbessert werden. Wichtig ist auch der weitere Ausbau von Ortsumgehungen, um die mit einer guten Verkehrsanbindung einhergehenden Probleme der Lärm- und Immissionsbelastung zu vermindern. Zusätzlich sind die Verkehrsverbindungen zwischen den Mittelzentren verstärkt auszubauen.

Nicht alles, was im Zuge der aktuellen Fortschreibung des Bundesverkehrsweplanes wünschenswert war, konnte

angesichts der Finanzknappheit erreicht werden. Wesentliche Investitionen, die dem Bau neuer Ortsumgehungen und dem Ausbau einiger Bundesstrassen grünes Licht geben, sind jedoch in den Planungen des Bundes enthalten.

Einige Mittelzentren wurden durch die Deutsche Bahn vom Fernverkehr abgehängt. Nicht zuletzt durch verstärkten Wettbewerb auf der Schiene und klare Ausschreibungsvorgaben sind sie möglichst schnell wieder durch Regionalverkehre an die Oberzentren anzubinden.

Aber auch im Schienengüterverkehr müssen Auffanglösungen für die von der DB Cargo aufgegebenen Verkehrsangebote gefunden werden. Dabei können die landeseigenen Eisenbahnen eine wichtige Rolle spielen. Abgesehen von der Schülerbeförderung ist das Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vielerorts nicht attraktiv und ausreichend.

Dies schränkt die Mobilität aller Menschen ohne eigenen PKW sehr stark ein. Der ÖPNV ist durch zahlreiche Maßnahmen verbesserungsfähig. So ist der Ausbau flächendeckender Taktfahrpläne weiter zu forcieren. Darüber hinaus müssen die bestehenden großen Lücken zwischen den Verkehrsverbänden geschlossen werden, zum Beispiel durch Bildung von wenigen

großen Verkehrsverbänden wie etwa in Hessen. Es müssen kundenfreundliche Übergangstarife zwischen den Verbänden angeboten werden, um das Tarifdickicht zu lichten.

Die **kostenlose Fahrradmitnahme** in möglichst allen Verkehrsmitteln könnte den ÖPNV auch aus touristischer Sicht attraktiver machen. Insgesamt ist der Fahrradverkehr stärker zu fördern. Dies kann neben der kostenlosen Mitnahme im ÖPNV durch einen forcierten Radwegbau und ein einheitlich beschildertes Radwegenetz geschehen.

Über die Aufstockung und Dynamisierung der Regionalisierungsmittel durch die Bundesregierung lässt sich das ÖPNV-Angebot in der Fläche weiter verbessern. Die Förderprogramme für den Ländlichen Raum, insbesondere das ELR (Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum), sind in der Weise weiter zu entwickeln, dass Arbeiten und Wohnen wieder stärker zusammenrücken und nicht dem ansteigenden Fernpendlertum weiterhin Vorschub geleistet wird.

Ziel 5:

Das Land muss alle Anstrengungen unternehmen, um ein bedarfsgerechtes Angebot an Öffentlichem Nah- und Fernverkehr, schienengebundenem Güterverkehr und ein leistungsfähiges Straßennetz aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Baden-Württemberg braucht flächendeckend Verkehrsverbände.

6.**Soziale Infrastruktur:****Versorgungssicherheit statt****“Mut zur Lücke“**

Auch der Ländliche Raum braucht mehr Kinderbetreuungsangebote. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass ein **bedarfsgerechtes Tagesbetreuungsangebot für Kinder aller Altersgruppen** geschaffen wird. Dabei muss insbesondere den Belangen erwerbstätiger Eltern Rechnung getragen werden. Bei der Planung und der Feststellung des Bedarfs soll eine möglichst wohnortnahe Versorgung angestrebt werden.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die **wohnortnahe Versorgung mit Hausärzten und mit Apotheken** im Ländlichen Raum gesichert wird. Dies ist gerade für

ältere Menschen mit chronischen Krankheiten besonders wichtig. Die Rolle des Hausarztes als Lotse in unserem immer komplexer werdenden Gesundheitswesen soll gestärkt werden. Eine ausreichende Versorgung mit Rettungsdiensten muss ebenfalls gesichert werden.

Wir wollen **dezentrale Angebote zur Unterstützung von Pflegebedürftigen** und ihrer Angehörigen. Besonderes Augenmerk muss dabei dem Vorfeld und Umfeld der Pflege geschenkt werden. Angehörige benötigen dezentrale Beratungsangebote. Deshalb wollen wir, dass Beratungsstellen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen eingerichtet werden.

Die Pflege in den Familien wandelt sich. Die Familien werden kleiner. Damit wird es in Zukunft auch weniger Angehörige geben, die ältere Menschen zu Hause pflegen. Gerade im Ländlichen Raum werden deshalb Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen künftig stärker als bisher auf die Hilfe und Unterstützung professioneller Dienste angewiesen sein. Es ist der Wunsch der meisten pflegebedürftigen Menschen, so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung gepflegt zu werden. Auch in Zukunft werden viele pflegebedürftige Menschen im eigenen Haushalt durch

Angehörige oder ambulante Pflegedienste versorgt werden.

Bereits jetzt ist jedoch absehbar, dass künftig mehr Menschen als bisher in stationären Pflegeeinrichtungen versorgt werden müssen. Die SPD macht sich deshalb dafür stark, dass auch im Ländlichen Raum ausreichend wohnortnahe ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen vorhanden sind. In der stationären Pflege setzen wir im Ländlichen Raum auf kleine dezentrale, mit ambulanten Pflegediensten vernetzte Einrichtungen.

Die Landespflegeheimförderung, die wir langfristig bedarfsgerecht sichern wollen, muss diesen besonderen Belangen des Ländlichen Raumes Rechnung tragen.

Ziel 6:

Die Fördermittel für den Ländlichen Raum sind schwerpunktmäßig auf Maßnahmen zu konzentrieren, die auf eine gute Versorgung mit Gesundheitsdiensten sowie Kultur und Sport ausgerichtet sind.

7.

**Grundversorgung sichern –
Lebensqualität am Ort**

In immer mehr Dörfern und sogar in Stadtteilen von Mittelzentren schließen Geschäfte, Postfilialen, nicht selten auch der letzte Bäcker und Metzger. Damit sind all diejenigen, die kein Auto zur Verfügung haben, in einer prekären Situation. Die Wohn- und Lebensqualität sinkt spürbar. Schon jede zehnte Gemeinde hält sich für unterversorgt.

Die Versorgung der Dörfer mit Postdienstleistungen und ihre Versorgung mit einem hinreichenden Angebot an öffentlich-rechtlichen oder genossenschaftlichen Sparkassen und Kreditinstituten müssen unbedingt gewährleistet bleiben. Auch die Versorgung mit Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs gilt es für alle Nichtautobesitzer sicherzustellen. Hierzu müssen Land und Kommunen, wo erforderlich, Hilfen wie verbilligte Ladenmieten oder Förderung eines mobilen Verkaufsbusses anbieten.

Angesichts der großen Zahl von Arbeitssuchenden muss es aber auch möglich sein, bei Bedarf über öffentlich geförderte Arbeit oder zu gründende Genossenschaftlichen Verkaufsstellen zu organisieren.

Dabei soll zu vorhandenen Arbeitsmarkthilfen des Bundes eine Basisfinanzierung durch Kommunen in Form von bereitzustellenden öffentlichen Räumen oder Mietzuschüssen erfolgen. Das Land muss objektbezogene Zuschüsse leisten. Mit geringen finanziellen Beiträgen könnte so die **öffentliche Daseinsvorsorge** unterstützt und teilweise gesichert werden.

Die Einrichtung von landwirtschaftlichen Erzeugergemeinschaften mit gemeinsamer Vermarktung in eigenen Geschäften kann, wie mancherorts bereits praktiziert, die **Grundversorgung mit Lebensmitteln** ebenfalls sichern helfen. Die Direktvermarktung erlaubt hier sogar günstige Preise.

Ziel 7:

Das Land muss helfen, Grundangebote von Handel und Dienstleistungen auch dort sicherzustellen, wo dies allein marktwirtschaftlich nicht mehr geleistet werden kann.

8.

Verwaltung und Innere Sicherheit: Sicherheit und kurze Wege

Unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität und Bürgernähe müssen möglichst viele Selbstverwaltungsaufgaben und staatliche Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden. Hier kommen beispielsweise Aufgaben wie die Kfz-Zulassung, das Fahrerlaubniswesen sowie Zuständigkeiten im Naturschutzrecht, Wasserrecht, Straßenrecht, Immissionsschutzrecht, Gewerberecht, Bodenschutzrecht und Straßenverkehrsrecht in Betracht. Leistungsfähige Gemeinden können dabei staatliche Aufgaben auch für umliegende Gemeinden wahrnehmen.

Im Rahmen des Verwaltungsreformprozesses sind insbesondere die Möglichkeiten des internetgestützten Angebotes von Verwaltungsleistungen (**E-Government**) konsequent weiter zu entwickeln, um den Bürgerinnen und Bürgern im Ländlichen Raum einen umfassenden Service anzubieten.

Die SPD hält kurze Wege zu allen regelmäßig genutzten Ämtern und Verwaltungen auch im Ländlichen Raum für unerlässlich. Dazu zählen Finanzämter, Forstämter und Amtsgerichte.

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit im Ländlichen Raum erfordert insbesondere in Bezug auf Anzahl und Standorte der Polizeireviere und Polizeiposten eine hinreichende Prüfung. Bei den Entscheidungen sind sowohl die Interessen des Ländlichen Raums als auch die Sicherheitsinteressen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten einzubeziehen.

Ziel 8:

Der Ländliche Raum benötigt eine ausreichende Ausstattung mit Landesbehörden, Polizeirevieren und -posten sowie Gerichten und Finanzämtern.

Wichtige parlamentarische Initiativen der SPD-Landtagsfraktion zum Ländlichen Raum:

Hinweis:

Alle Drucksachen können unter Angabe der Nummer in der Rubrik „Dokumente“ auf der Homepage www.landtag-bw.de ausgedruckt werden.

Drucksache 13/2766 vom 18.12.2003
Aufgaben und Bedeutung der landwirtschaftlichen beruflichen Schulen

Drucksache 13/2602 vom 12.11.2003
Verwaltungsreform – Zerschlagung der baden-württembergischen Forstverwaltung

Drucksache 13/2239 vom 05.08.2003
Reform der Flurneuordnungsverwaltung

Drucksache 13/2321 vom 01.08.2003
Subsidiaritätsprinzip in der Forstwirtschaft

Drucksache 13/2279 vom 17.07.2003
Ausgestaltung des Investitionsprogramms der Bundesregierung für mehr Ganztagschulen in Baden-Württemberg

Drucksache 13/2231 vom 04.07.2003
Internationale Bodensee-Tourismus GmbH (IBT)

Drucksache 13/2204 vom 26.06.2003
Förderung einer stärker auf marktwirtschaftliche Belange ausgerichteten Landwirtschaft in Baden-Württemberg

Drucksache 13/2103 vom 26.05.2003
Bau und Baubeginn des Grünen Zentrums in Boxberg

Drucksache 13/2072 vom 13.05.2003

**Kosten und Nutzen der geplanten
Strukturänderung bei den Finanzäm-
tern im Land**

Drucksache 13/2071 vom 13.05.2003

Schienengüterverkehr am Hochrhein

Drucksache 13/2052 vom 07.05.2003

**Zukunft und Entwicklung des Schul-
standorts Haigerloch**

Drucksache 13/2026 vom 25.04.2003

**Wirtschaftsstandort Schwäbisch
Gmünd stärken**

Drucksache 13/2001 vom 11.04.2003

**Pilotprojekt drahtloser Internetemp-
fang**

Drucksache 13/1957 vom 28.03.2003

**Zukunft der Flurneuordnung im Wein-
bau**

Drucksache 13/1955 vom 28.03.2003

**Auswirkungen der EU-Richtlinien zu
Fleischuntersuchungen und der Ent-
scheidung des EuGH auf die Schlacht-
hofstruktur in Baden-Württemberg**

Drucksache 13/1938 vom 26.03.2003

**Geplante Schließung von Polizeipos-
ten**

Drucksache 13/1934 vom 25.03.2003

**Neues Marketingkonzept des Landes
für den Dienstleistungsbereich
Heilbäder und Tourismus**

Drucksache 13/1647 vom 20.12.2002

**Strukturpolitische Begleitung des
Rückbaues des Kernkraftwerkes
Obrigheim**

Drucksache 13/1630 vom 16.12.2002

**Bau und Förderung eines regionalen
Vermarktungszentrums in Ilshofen**

Drucksache 13/1618 vom 12.12.2002

**Stärkung des Tourismus in der Regi-
on Heilbronn-Franken**

Drucksache 13/1522 vom 15.11.2002

**Geplante Reduzierung der Gerichts-
standorte in Baden-Württemberg**

Drucksache 13/1518 vom 14.11.2002

**Förderung und Entwicklung dezentra-
ler Abwasserbehandlungsanlagen in
Baden-Württemberg**

Drucksache 13/1459 vom 05.11.2002

**Naturschutzgroßprojekte mit Bun-
desmitteln**

Drucksache 13/1250 vom 08.08.2002

Zukunft der Bodenseeregion

In der Reihe **Standpunkt** sind folgende aktuelle Ausgaben verfügbar:

- Nr. 34 Älterwerden in Baden-Württemberg. Für ein solidarisches Zusammenleben der Generationen – den demografischen Wandel gestalten
- Nr. 35 Wachstum und Beschäftigung in Baden-Württemberg. Wirtschaftspolitisches Programm zur Sicherung unseres Wohlstands
- Nr. 36 Teufels Einschnitte ins soziale Netz. Die sozialpolitische Kahlschlagbilanz der Landesregierung seit 1996
- Nr. 37 Energiewende in Baden-Württemberg. Wege zu einer klimaschutzgerechten Energieversorgung ohne Atomstrom
- Nr. 38 Zukunftschancen des Ländlichen Raums. Vorschläge für eine Verbesserung der Lebens- und Standortqualität
- Nr. 39 Sprachförderung im Vorschulalter
- Nr. 40 Reform des Landtagswahlrechts. Mehr Chancengerechtigkeit durch die Einführung von Erst- und Zweitstimme

Kostenlos zu beziehen bei der
 SPD-Landtagsfraktion, Martin Mendler, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart
 Telefon 07 11/20 63-7 11, Telefax 07 11/20 63-7 14, zentrale@spd.landtag-bw.de
Internet: www.spd.landtag-bw.de

Aboservice: Gerne senden wir Ihnen auch kostenlos diese Publikationen zu:

- „*Unser Land modern und sozial gerecht gestalten*“ gibt einen Überblick über die Ziele, Forderungen, Initiativen und Perspektiven der SPD-Fraktion, ergänzt durch Hinweise auf wichtige Parlamentsanträge und informative Angebote im Internet;
- „*Abgeordnete zum Greifen nah*“ ist das kleine Heftchen mit allen Adressen, Ansprechpartnern und Kontaktnummern;
- „*Menschen wie du und ich*“ porträtiert alle Abgeordneten informativ und unterhaltsam zugleich;
- „*Wortmeldung*“ ist das unregelmäßig erscheinende Bürgermagazin mit einer bunten Mischung aus Politik und Unterhaltung;
- „*Klartext*“ heißt das Infoblatt mit knallharten Daten, Fakten und Argumenten zu aktuellen Sachthemen